

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendbeilage einschließlich Postzuschlag monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ländern 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahmen der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: St. Jungferstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Gesamtdirektion: St. Jungferstraße 14, Tel. 1788.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden bei 6spaltigen Zeilen mit 80 Pf. berechnet, bei dreispaltigen Erhöhen sich die Spaltenzahl um 25 Pf. Insetts werden bei 10 Pf. in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 147. Dresden, Freitag den 28. Juni 1912. 23. Jahrg.

Arbeiterverhältnisse in der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:
Z. Die schweizerische Fabrikinspektion hat soeben ihre Amtsberichte für die zweijährige Periode von 1910/11 veröffentlicht, die wie immer von großem sozialpolitischen Werte sind und die Lage der Industrie und im besonderen die der Arbeiter näher beleuchten.
Die schweizerische Fabrikindustrie hat sich seit 1877, seitdem das Fabrikgesetz besteht, ununterbrochen weiter entwickelt, wenn auch von Jahr zu Jahr in verschiedenem Tempo. Im Jahre 1911 hat die nur aller zehn Jahre erfolgende umfassende statistische Aufnahme gegenüber 1901 eine bedeutende industrielle Weiterentwicklung ergeben. Es wurden nämlich gezählt in

	1911	1901
Betriebe	7785	6080
Arbeiter	829 841	242 834
Darvon männliche	211 077	150 203
Darvon weibliche	117 764	92 621
Erwerbslose über 18 Jahre	377 898	207 262
Jugendliche von 14 bis 18 Jahren	51 155	35 272
Hilfskräfte	712 682	520 432

Die Betriebe haben sich um 28 Proz., die Arbeiter um 33 Proz. und die Hilfskräfte um 122 Proz. vermehrt. An dem starken Wachstum sind alle Industrien beteiligt. In der Textilindustrie ist mit 17,4 Proz. die geringste Vermehrung der Arbeiterzahl zu verzeichnen, in der chemischen Industrie mit 64,5 Proz. und in der Holzindustrie mit 64,1 Proz. die höchste; in der Metall- und Maschinenindustrie beträgt sie 37 Proz., in der Industrie der Steine und Erden 49,3 Proz., in der Lebensmittelindustrie 40,7 Proz., in der Lebens- und Genussmittelindustrie 41,5 Proz., in den graphischen Gewerben 47 Proz.

Trotz des großen Aufschwunges der schweizerischen Industrie im verflochtenen Jahrzehnt werden die Unternehmer müde, über alle möglichen Uebel und Nöte zu klagen: der die soziale Gesetzgebung, die Steuern, die Arbeiterbewegung usw. — ganz nach Art der deutschen Kapitalisten. Diese tendenziösen und gewohnheitsmäßigen Klagen finden am Teil auch in den vorliegenden Fabrikinspektorenberichten wieder. So, trotzdem z. B. in den letzten zwei Jahren auch der Schweizerischen Außenhandel erheblich gestiegen ist. Viel wichtiger ist jedenfalls die Lage der kleinen Unternehmungen in der Maschinenindustrie, daß die großen sie nicht mehr leben lassen. Das heißt, sie erhalten nicht mehr die Aufträge zur Ausführung, die vielmehr die Großbetriebe mit automatischen Maschinen, welche die Hände befreiben, viel billiger selbst herstellen. So haben sich mit der Konzentration des Kapitals eine solche der Arbeit in großen Unternehmungen, neben denen viele kleine nur mehr das Leben fristen. Das ist die Entwicklung, der wir zum Opfer fallen. Aber wenn die Großen gegen die kleinen den Krieg erklären, um deren berechtigten Forderungen zu unterdrücken, leisten ihnen die kleinen Handlangerdienste. Sollen wir trotzdem noch Mitleid mit ihnen haben? Dazu ist den Arbeitern wirklich die Zeit.

Ein Seidenindustrieller hat den rettenden Ausweg gefunden, daß er seine sämtlichen Maschinen nach Gallez veräußert, wo für 40 Pf. pro Tag gearbeitet wird. Offensichtlich kommt der „gute Schweizer Patriot“ jeden Tag ein buchstäblich „vaterlandsliebe“ Sozialdemokratie! Unter diesen Umständen geht die Hausindustrie gewaltig zurück. So vermindert eine Fabrik die Zahl ihrer Hausweber von circa 1000 im Jahre 1906 auf etwa 170, trotzdem dieselben heute für 32 Franc einen „Zettel“ machen, für den sie früher 18 Franc erhielten. In der Stickereiindustrie haben sich einander jagenden Maschinen durch die Handflücker und -näherinnen, eine solche Notlage verursacht, daß die Arbeiterinnen der Stadt St. Gallen sich veranlaßt sahen, ihren Appell an die Fabrikanten, „schonende Rücksicht walten zu lassen“.

In bezug auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter konstatiert der Fabrikinspektor Dr. Wegmann, daß im großen und ganzen die Löhne anscheinend gleich geblieben, unter dem Druck der Teuerung aber etwas gestiegen seien. Dabei sind ihm aber auch Lohnherabsetzungen bekannt geworden. Ganz richtig sagt er, daß die beste Arbeitskraft bei Arbeiterbedarf ein hoher Lohn hat. Er fand neben täglichen Durchschnittslöhnen von 21 Franc aller Stücker in einer Stickerei solche von nur 3,70 Franc für Nachtarbeiterinnen bei 10 stündiger Arbeitszeit; neben dem Wochenlohn von 30 Franc für Näherinnen bei 9 stündiger Arbeitszeit in Gallez in einer großen Wäscherei.
Recht interessant ist das Beispiel einer Baumwollspinnerei, die bei gleichbleibender Spindelzahl im Jahre 1872 105, im Jahre 1911 aber nur noch 40 Arbeiter bei 13- bzw. 11 stündiger Arbeitszeit beschäftigte. Damals verdiente ein Arbeiter 4 Lagen 25,50 Franc, ein Weisser täglich 4 Franc, ein Spinner 4 Franc; im Jahre 1911 dagegen 47,50 Franc, 8 und 5 Franc. Dazu bemerkt Dr. Wegmann: „Diese Zahlen scheinen eine gewaltige Verbesserung des heutigen Arbeiters zu bedeuten. Klar liegt eine solche nur zutage in der um zwei Stunden längeren Arbeitszeit; zweifelhaft ist, ob auch der höhere Ver-

dienst eine solche bedeutet. Denn wie hat seit 1872, wie hat namentlich in den letzten Jahren die Kaufkraft des Geldes abgenommen! Niemand kann bestreiten, daß fast alle Lebensbedürfnisse ungemein teurer sind als früher.“ Und wir möchten dazu bemerken, daß der betreffende Spinnereibesitzer dabei ein sehr gutes Geschäft gemacht hat, denn er gab im Jahre 1911 den 40 Arbeitern für zwei Arbeitswochen nur noch insgesamt 1900 Franc an Lohn gegen 2577,50 Franc im Jahre 1872 den 105 Arbeitern. Viel härter als die Löhne sind die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und der Profit des Unternehmers gestiegen.
Als ein äußerst seltenes Vorkommnis darf das von Dr. Wegmann erwähnte glänzende Zeugnis bezeichnet werden, das ein Großindustrieller den schweizerischen Arbeitern ausstellte, „die besser als der Amerikaner in Amerika und der Engländer in England die Interessen des Geschäftes wahrnehmen“. Und trotzdem wenden die schweizerischen Unternehmer gegen diese tüchtige Arbeiterklasse Maßnahmen, schwarze Listen, Polizei- und Militäraufgebot an, sobald die Arbeiter ihre Lage verbessern wollen.

Ein großer Maschinenfabrikant hat zahlenmäßig die Verkürzung der Arbeitszeit für das einzelne Arbeitsstück nachgewiesen. So erforderte früher eine bestimmte Arbeit 39 1/2 Stunden, heute nur noch 16 1/2; eine andere früher 60, heute nur 48 1/2; eine dritte früher 56, heute 45 Stunden, und dabei wird heute die Arbeit „ausnahmslos besser gemacht“. Und trotzdem sträuben sich die Unternehmer gegen jede Arbeitszeitverkürzung, die ihnen die organisierte Arbeiterschaft erst abtrotzen muß, was erstens durch die Erfolgsgeschichte. Besonders starke Verbreitung hat bereits der freie Samstagmittag erfahren, der im ersten Inspektionskreise, zu dem u. a. auch der Kanton Zürich gehört, in 209 Betrieben mit 51 622 Arbeitern besteht. In andern Betrieben ist der freie Samstagmittag nur jede zweite Woche üblich; in einer dritten Gruppe von Betrieben nur im Sommer und in einer vierten Gruppe nur bedingungsweise. In dritten Kreise (Schaffhausen) hat eine chemische Fabrik mit diesem Erfolg den Achtstundentag eingeführt.

Bemerkenswert ist, daß eine Schlauchfabrik eine Kolonie ostpreussischer Leinwandweberei beschäftigt, deren Kinder von dem „glänzenden väterlichen Vererbe“ nichts mehr wissen wollen, so daß es keinen proletarischen Nachwuchs für den Fabrikanten gibt und er immer wieder einen neuen Nachschub aus Ostpreußen importieren muß.
Groß ist wieder die Zahl der Unfälle, deren in den Jahren 1909/10 insgesamt 60 639 vorgekommen sind, wofür 1 368 097 Franc an Entschädigungen bezahlt wurden. Nicht 1 368 097 ist die Feststellung, daß 6684 Betriebe nicht mehr die ungerechte Einrichtung der Bußen feinen und nur 1162 davon festhalten. Offenbar verschwinden sie auch aus diesen Betrieben noch.

Die Mitteilungen über den Rückgang der Arbeiterschutzgesetze bieten manchen interessanten Einzelheiten. Es sei nur erwähnt, daß in den beiden Berichtsjahren in 654 Fällen nur erworbene von 15 200 Franc wegen Uebertretung der gesetzlichen Arbeiterschutzvorschriften gegen Unternehmern verhängt wurden. Das Kapitel von den Wohlhabenden einrichtungen“ hat eine angenehme Bereicherung erfahren durch die eingehende Behandlung der immer mehr sich verdrängenden Arbeiterferien. Wir erfahren da, daß 166 Betriebe allen Arbeitern, 723 Betriebe einzelnen Arbeitern jährliche Ferien bewilligen, 58 nur gelegentliche, und daß darüber 28 158 Arbeiter berührt werden, also schon eine ganz hübsche Zahl, die hoffentlich bald weiter wächst. Diese Arbeitererholungsmaßnahmen wurden in 1911 57 mit 46 männlichen und 3466 weiblichen, zusammen 3523 Personen getätigt, wovon 1320 Schweizer und 2182 Ausländer waren. Die organisierte Arbeiterschaft lehnt diese kapitalistischen Wohlhabendmaßnahmen sehr feindselig gegenüber und verlangt ihre dauernde behördliche Ueberwachung.
Die neuen schweizerischen Fabrikinspektorenberichte sind als ein wertvoller Beitrag zur Kenntnis der Lage der arbeitenden Klassen in der Schweiz zu begrüßen.

Eine gräßliche Irreführung.

II. (Schluß.)
Jb. Aus der Zahl der Eheschließungen lassen sich überhaupt keine Schlüsse ziehen, denn sie zeigt schon seit Jahrzehnten nur sehr geringe Schwankungen. 1871 heirateten in Preußen von 1000 Einwohnern 16. In den nächstfolgenden Jahren lag die Zahl auf 20, 19, 18, aber schon 1877 war sie wieder auf 16 gesunken, und auf dieser Höhe ist sie ziemlich unverändert stehen geblieben, manchmal bis auf 15 herunter sinkend. 1910 betrug sie und dann wieder bis auf 17 heraufgehend, anlangt, so 15 1/2. Was die einzelnen Regierungsbezirke anlangt, so zeigen hier die ländlichen Bezirke im allgemeinen etwas niedrigere, die städtischen und industriellen etwas höhere Zahlen: Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Danzig, Marienwerder haben 14 und noch etwas weniger, ebenso Posen, Bromberg, Arnberg, Wiesbaden, Düsseldorf haben 16 und darüber. Doch stehen auch Schleswig, Lüneburg und Stade über 16. Am wenigsten hat Starnburg mit 12,3, an-

meisten Magdeburg mit 17,4. Eine auffällige Ausnahme bildet auch hier wieder der Stadtkreis Berlin mit 21,1. Es scheint also, daß das städtische Leben an sich jedenfalls kein Hindernis der Eheschließung sei.

Gehen wir nun über zu den Sterbefällen, so ist schon bemerkt worden, daß ihre Verminderung bisher ausschlaggebend ist für den Stand der Volksvermehrung. Bis jetzt haben sie im Gesamtdurchschnitt des Staates jedes Jahr abgenommen. Es betrug ihre Zahl (wenn man die Totgeborenen nicht mitzählt) auf 1000 preussische Einwohner: 1875 26,3, 1904 19,5, 1910 16,1.

Vergleichen wir hiermit zunächst einmal die Sterbeziffer des Jahres 1910 in den einzelnen Provinzen. Da steht am höchsten die Provinz Schlesien mit 19,6 Todesfällen auf 1000 Einwohner. Schlesien ist bekanntlich sowohl an Industrie wie an Landwirtschaft sehr reich. Aber gleich hinter Schlesien kommen die agrarischen Provinzen

Provinz	Todesfälle auf 1000 Einwohner
Hohenzollern mit 19,2 Todesfällen auf 1000 Einwohner	
Westpreußen	18,7
Ostpreußen	18,5
Posen	18,0
Pommern	17,3

Alle das steht hoch über dem Durchschnitt des Staates. In Brandenburg (ohne Berlin) sinkt die Zahl auf 17 und, sowie man in den Westen kommt, sehen die Dinge gleich viel günstiger aus. Es starben 1910 von 1000 Personen in

Sachsen	16,4
Westfalen	14,8
Rheinprovinz	14,7
Hannover	14,2
Stadtkreis Berlin	14,2
Hessen-Nassau	14,1
Schleswig-Holstein	13,7
Berlin, Landbezirk	13,2

Der erste Blick zeigt hier, daß hinsichtlich der Sterblichkeit die industriellen und städtischen Bezirke viel günstiger dastehen als die ländlichen. Das Bild bleibt dasselbe, wenn man statt der Provinzen die einzelnen Regierungsbezirke betrachtet. Auch dann stehen Berlin, Minden, Düsseldorf, Arnberg weiter unter dem Durchschnitt des Staates, Posen, Allenstein, Marienwerder, Bromberg, Gumbinnen, Königsberg weit darüber. Der amtliche Bericht sagt: „Von den 19 Regierungsbezirken, in denen die Sterblichkeit den Staatsdurchschnitt übersteigt, liegen 14 im Osten des Staatsgebietes.“ Nun gibt allerdings, liegen 14 im Osten des Staatsgebietes. „Nun gibt aber — was für unseren Zweck besonders wertvoll ist — der amtliche Bericht auch noch die Sterbeziffer der 32 preussischen Großstädte an. Während der Durchschnitt für den ganzen Staat, wie erwähnt, 16,1 auf 1000 Einwohner ist, haben in den Großstädten, wenn man sie alle zusammenrechnet, nur 14,5 Personen von 1000, also bedeutend weniger! In 24 Großstädten war die Sterblichkeit geringer und nur in 8 höher als der Durchschnitt für den Staat, und zu den letzteren 8 gehören Danzig, Königsberg, Breslau und Posen. Dagegen gehören zu dem Bezirk des Sündenbuhls Berlin die Großstädte Wilmersdorf, Altdorf und Schöneberg, die die kleinste Sterbeziffer haben, nämlich 7,1, 9,7 und 10,6, sowie Charlottenburg mit 11,5. Auch Barmen, Elberfeld, Düsseldorf, Saarbrücken — Städte mit gewaltiger Industrie — haben niedrigere Sterbeziffern als der Gesamtstaat; und sogar Dortmund, Köln, Magdeburg, Bochum bleiben noch unter dem Durchschnitt. Da nun — wie immer wieder betont werden muß — bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge die deutsche Volksvermehrung einzig und allein der geringen Sterblichkeit zu danken ist, so erhebt man, welche Verlogenheit dazu gehört, die Sache so darzustellen, als ob die Stadt und zumal die Großstädte eine Gefahr für unsere Volksvermehrung bildeten!

Werfen wir zum Schluß noch einen Blick auf die Säuglingssterblichkeit. Sie hat deshalb für die Volksvermehrung eine so große Wichtigkeit, weil die Zahl der Kinder, die im ersten Lebensjahre sterben, weit größer ist als die Zahl der Todesfälle in irgend einer anderen Altersklasse. Die Zahl der Todesfälle im Alter unter einem Jahre“ das ist fast ein Drittel sämtlicher Todesfälle. Trotzdem ist auch die Säuglingssterblichkeit wenigstens in den letzten zehn Jahren erheblich herabgegangen. Von 1000 Kindern im ersten Lebensjahre starben:

im Jahre	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910
	270	269	268	222	230	214	201	206	191	177

Auch hierbei stehen aber die Großstädte wieder sehr günstig da. Nur in 14 von ihnen ist die Kindersterblichkeit höher als der Staatsdurchschnitt, in den übrigen 18 ist sie kleiner, und zwar zum Teil bedeutend kleiner. Und wieder zeigen gerade die westlichen Industriestädte ein recht befriedigendes Resultat.